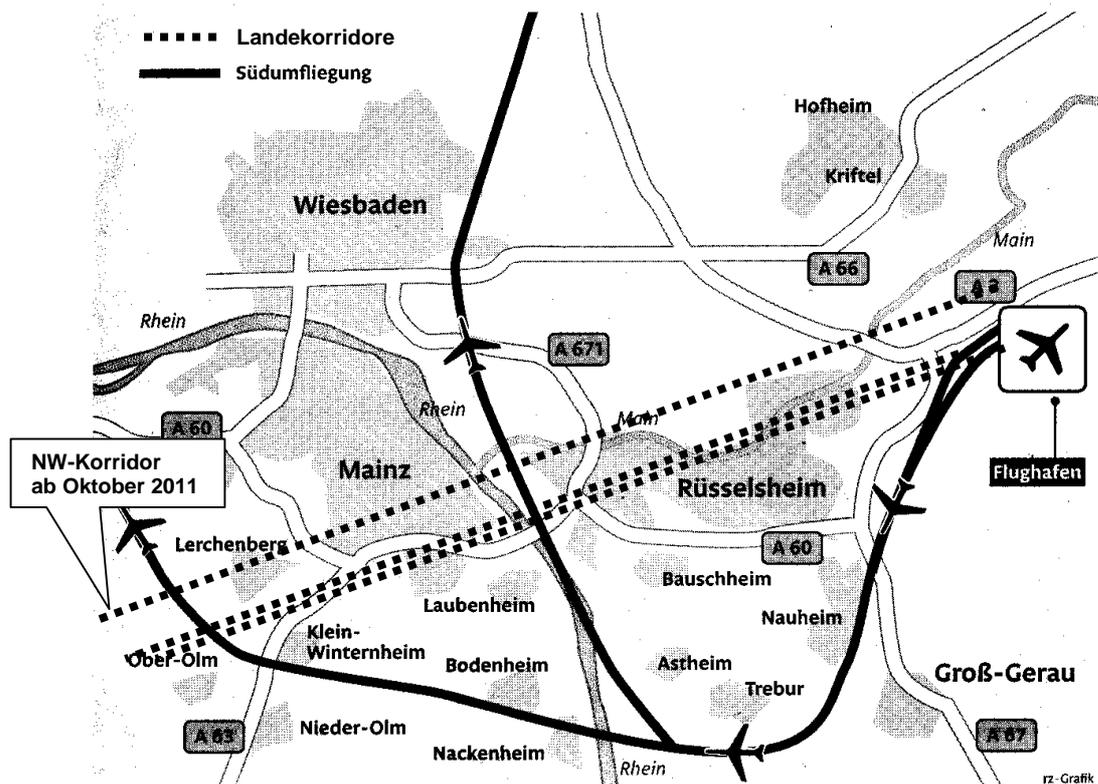


## Was Mainz und Rheinhessen droht



Und wehe, wenn Piloten die Kurve etwas enger kratzen, trifft es den Lerchenberg alle Tage

MRZ vom 11.3.2011

# ÖDP: Regierung hat geschlafen

### Fluglärm Parteien bemängeln vor allem mangelnde Mitsprachemöglichkeiten

■ **Mainz.** Die Fluglärmkommission hat sich mühsam ein mehrheitliches Votum für eine Südumfliegung abgerungen, und die Reaktionen der Politik aus Mainz lassen nicht lange auf sich warten.

Als „nach wie vor nicht transparent“ geißelt die **SPD-Stadtratsfraktion** das Verfahren zur Festlegung der An- und Abflugrouten. So vermissen die Genossen die Mitsprache der betroffenen Kommunen wie auch der Bürger. Allerdings stimmt das nicht so ganz: Die Stadt Mainz ist mit Umweltdezernent Wolfgang Reichel als stellvertretendem Vorsitzenden ebenso vertreten wie der Landkreis Mainz-Bingen mit Cordelia Leyendecker.

Aber auch die Rolle des Landes Rheinland-Pfalz – im Gegensatz zum Land Hessen – sehen die Sozialdemokraten als beklagenswert, verfügt das Land doch über kein Stimmrecht.

Zwar möge es sein, dass „die vorgeschlagene Route eine geringere Belastung für die Stadt Mainz bedeute“, heißt es in der Mittei-

lung weiter. Jedoch hätte man erwartet, dass alle Alternativen intensiv geprüft würden, so die SPD-Stadtratsfraktion mit Blick auf das Gutachten der Landesregierung, das in der Entscheidung keine Berücksichtigung fand.

Dies hatte der Kommissionsvorsitzende Thomas Jühe damit begründet, dass das Gutachten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht „mit den nötigen Daten unterfüttert“ gewesen sei. Zudem habe die Kommission die Daten so spät erhalten, dass es nicht mehr möglich gewesen war, daraus Alternativen zu berechnen.

Für die **ÖDP** hat die Landesregierung eine Chance verpasst. Aus Rücksicht auf den ehemaligen Hahn-Teilhaber Fraport sei sie in der Frage um den Flughafenusbau „wie gelähmt“ gewesen. „Plötzlich vergießt die Landesregierung Krokodilstränen darüber, was Fraport ‚so ganz unerwartet‘ den Bürgern in Rheinhessen und Mainz zumutet“, kritisiert Hartmut Rencker. Bezeichnend sei auch ge-

wesen, so Rencker, dass das Verkehrsministerium erst vor wenigen Monaten eingestehen musste, dass man nicht über die notwendige Fachkompetenz verfüge.

Aus Sicht der **Grünen** greift die Variante 7 zu kurz. Zwar werde Mainz umflogen, dafür werde „der Lärm aber auf die umliegenden Gemeinden in Rheinhessen und Hessen verschoben“, so Landesvorstandssprecher Daniel Köbler. Deshalb fordern die Grünen alle Beteiligten auf, statt weiterer Verschiebungen effektive Maßnahmen des aktiven Schallschutzes umzusetzen, wie etwa am Londoner Großflughafen Heathrow üblich.

Mangelnde Mitsprache rheinhessischer Gemeinden bemängelt auch die **SPD in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm**. Deshalb fordert sie die Verbandsgemeindeverwaltung, den Landkreis und die Landesregierung auf, „massiv gegen die Südumfliegung vorzugehen“ und auch das in der Mediation versprochene Nachtflugverbot einzufordern. noe